

notwendig ist, alle Formen der Tätigkeit der Volksvertretungen zu qualifizieren " die Vorbereitung und Durchführung der Plenartagungen, die Arbeit der Kommissionen und Aktivs und die Arbeit der Abgeordneten. Vor allem ist die Arbeit der Räte und deren Fachorgane, vielfach für die Verbesserung der Tätigkeit der gesamten Volksvertretung entscheidend. Die Räte sind nach den Bestimmungen der Ver-

fassung verpflichtet, die Entfaltung der Tätigkeit der Volksvertretung zu sichern. Deshalb müssen sie die Abgeordneten rechtzeitig, umfassend und konkret informieren, damit sie in die Zusammenhänge und möglichen Auswirkungen der Probleme eindringen und Entscheidungen treffen können, die den gesamtstaatlichen wie persönlichen Interessen der Bürger entsprechen.

Die Verantwortung der Partei für die Arbeit der Volksvertretungen

Für die leitenden Organe der Partei und die Leitungen der Grundorganisationen ergeben sich aus der Forderung, die Arbeit der Volksvertretungen zu verbessern und die Autorität der Abgeordneten zu erhöhen, neue Aufgaben. Die SED-Stadtleitung Magdeburg hat zum Beispiel mit Hilfe der Parteiorganisationen in den Betrieben und Wohngebieten, mit Hilfe der Genossen in den Gewerkschaftsleitungen und den Ausschüssen der Nationalen Front den Stand der kommunalpolitischen Arbeit der Stadtverordnetenversammlung und des Rates der Stadt analysiert. Diese Analyse, in der die vielfältigen Hinweise und Vorschläge der Bürger berücksichtigt worden sind, war Gegenstand einer Beratung der Stadtleitung. Die Stadtleitung nahm darin Stellung zum Stand der staatlichen Leitungstätigkeit auf dem Gebiet des Wohnungsbaus und der Werterhaltung, des Berufsverkehrs, der Versorgung und Dienstleistungen. Ihre Stellungnahme wurde in den Parteiorganisationen behandelt und in der Presse veröffentlicht. Dadurch waren alle Genossen und alle gesellschaftlichen Kräfte zur Lösung der aufgeworfenen Probleme aufgerufen. Den Genossen in der Stadtverordne-

tenversammlung wurde vorgeschlagen, diese Stellungnahme in einer Plenarsitzung zu behandeln. Genossen Stadtverordnete und Ratsmitglieder erhielten Partiaufträge zur Lösung bestimmter Aufgaben, die Referentenaktive der Partei wurden entsprechend orientiert. Bei dieser ganzen Arbeit mußte in den Parteiorganisationen klargestellt werden, daß die Verwirklichung der führenden Rolle der Partei nicht bedeuten kann, daß die leitenden Parteiorgane oder die Leitungen der Grundorganisationen die Lösung kommunalpolitischer Probleme in die Hand nehmen. In den Parteiorganisationen der Räte und deren Fachorgane ging es dabei vor allem darum, daß die Verantwortung der Volksvertretungen als die gewählten Machtorgane der Arbeiterklasse erhöht werden muß.

Nachdem die Stadtverordnetenversammlung entsprechende Beschlüsse gefaßt hat, kontrolliert das Sekretariat der Stadtleitung mit zwei Arbeitsgruppen, wie die Beschlüsse erfüllt werden. An diesem Beispiel zeigt sich, wie die Partei die Arbeit der Volksvertretungen und ihrer Organe politisch leitet und nicht deren Arbeit übernimmt. Die Stadtleitung hat Parteiorganisationen aktiv

an der Ausarbeitung und Durchführung dieser Beschlüsse beteiligt und ideologische Fragen geklärt. Sie hat das bereits Erreichte kritisch gewertet, dabei die Hinweise der Bürger berücksichtigt und dafür gesorgt, daß sie in die Beschlüsse der Volksvertretung eingehen. Zugleich hat sie die gesellschaftlichen Kräfte der Stadt mobilisiert, den Beschlüssen der Volksvertretung und dem Wort der Abgeordneten Gewicht verliehen, deren Autorität erhöht, so wie es der VIII. Parteitag allen Leitungen und Genossen der Partei zur Pflicht gemacht hat.

Wenn also im Rechenschaftsbericht an den VIII. Parteitag gesagt wird, daß in der vor uns liegenden Zeit die Arbeit der Volksvertretungen verbessert werden muß, dann handelt es sich um eine Grundfrage des Sozialismus überhaupt, um die Festigung der Herrschaft der Arbeiterklasse.

Die Volksvertretungen sind die Grundlage des einheitlichen Systems unserer Staatsmacht. Die Parteiorganisationen in den örtlichen Staatsorganen sollten deshalb dafür sorgen, daß dieser prinzipielle Ausgangspunkt bei allen Genossen und Kollegen klar ist. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um die Hauptaufgabe des Fünf-jährplanes gemeinsam mit der Bevölkerung erfolgreich zu lösen.

Fritz Eckardt

1) Bericht des ZK der SED an den VIII. Parteitag, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Dietz Verlag, Berlin 1971, Seite 58

2) Ebenda, Seite 64

3) Lenin, Geschichtliches zur Frage der Diktatur, Dietz Verlag, Berlin 1959, Werke, Bd. 31, Seite 344

4) Ebenda, Seite 346

5) Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünf-jährplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971—1975, Dokumente des VII. Parteitages der SED, Dietz Verlag, Berlin 1971, Seite 67